

# Pozener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Mr. 751.

Donnerstag, 25. Oktober.

Annahme-Bureaus.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei C. L. Danck & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Adolph Moese.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

1883.

## Amtliches.

Berlin, 24. Okt. Der Kaiser hat den Landgerichts-Rath Hamm zu Mühlhausen unter Verleihung des Charakters als Amtsgerichts-Rath zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht zu Meß, den Staatsanwalt v. Alten zu Mühlhausen zum Landrichter bei dem Landgerichte derselbst, den Amtsrichter Schäffer zu Neubreisach zum Staatsanwalt in der Verwaltung von Elsas-Lottringen ernannt, und den Amtsrichter Dr. Werry vom Amtsgericht zu Nasmünster an das Amtsgericht zu Neubreisach in gleicher Eigenschaft versetzt.

Der Staatsanwalt Schäffer ist der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht zu Mühlhausen überwiesen. Der Amtsgerichts-Rath Kohmer zu Venfeld ist auf Ansuchen mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Der König hat dem Konsistorial-Rath und Militär-Oberpfarrer Korten in Koblenz den Charakter als Ober-Konsistorial-Rath verliehen, und den bisherigen Superintendenten und Pfarrer Becker in Erndtebrück zum Konsistorial-Rath ernannt.

Dem Geheimen Ober-Finanz-Rath Marcinowski in Berlin ist das Nebenantritt als Vorgesetzter der General-Lotterie-Direktion an Stelle des zum Direktor der allgemeinen Wittwe-Versorgungs-Anstalt ernannten Geheimen Ober-Finanz-Raths Freiherrn v. Lenz übertragen worden.

Dem zum Konsistorialrath ernannten bisherigen Superintendenten und Pfarrer Becker in Erndtebrück ist eine geistliche Rathsstelle bei dem Königlichen Konsistorium der Provinz Westfalen verliehen worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, 25. Oktober.

Wie sich voraussehen ließ, hat der Bundesrat in seiner gesetzigen Sitzung beschlossen, den kleinen Belagerungszeitraum für Berlin, Hamburg-Altona und Umgegend bis zum 30. September 1884 zu verlängern.

Seitens der Bezirksregierungen ist neuerdings von den Handelskammern ein Gutachten über diejenigen industriellen Arbeiten erfordert worden, deren gänzliche oder theilweise Freigabe an Sonnen- und Festlagen erforderlich scheine. Die Handelskammern haben meist beschlossen, über diese Frage die zunächst beteiligten Interessenten zu hören. Nach dem „Deutschen Tageblatt“ verlautet aus Abgeordnetenkreisen, daß die Frage der Sonntagsruhe im Reichstage von verschiedenen Seiten wieder zur Anregung gebracht werden soll.

Die Fortsetzung der vor 8 Tagen begonnenen Erörterungen der „Prov.-Korr.“ über corporative Besterebungen im deutschen Gewerbeleben“ gestaltet sich zu einer völligen und bedingungslosen Erklärung gegen obligatorische Innungen. Die Forderung, daß obligatorische, die einzelnen Gewerbszweige vollständig umfassende Innungen auf gesetzgebendem Wege hergestellt werden, läuft, nach der Ansicht der „Prov.-Korr.“ darauf hinaus, daß die Gesetzgebung besorgen solle, was ein Ergebnis der inneren Entwicklung und einer erhöhten Leistungsfähigkeit der Betheiligten selbst sein soll. Eine zwangsläufige Hineinbeziehung aller dieselben Produktion betreibenden Geschäftskräfte in die Innungen würde diesen Verbänden eine große Zahl ungeeigneter, dem corporativen Gedanken feindlicher Elemente zuführen; ein etwaiges Verbot aber, Gegenstände der kleingewerblichen Produktion fabrikmäßig herzustellen, werde ebenso unausführbar sein, als das Verlangen, die dem Handwerk eigenständlichen Arbeitsbedingungen der Großindustrie aufzuzwingen. Erst wenn es den Innungen, unter Verzicht auf gewisse weitverbreitete Vorstellungen von der Möglichkeit der Rückkehr zu überlebten und mit den Bedürfnissen der Zeit unvereinbaren Formen der gewerblichen Entwicklung, durch gewissenhafte Ausnutzung der ihnen in Bezug auf Lehrlings- und Prüfungswesen, gewerbliche Schiedsgerichte, Unterstützungskassen u. s. w. verliehenen Befugnisse gelungen sei, zu „Organen der gewerblichen Selbstverwaltung“ zu werden, welche im Stande sind, durch Förderung der gewerblichen Interessen ihrer Mitglieder und durch Pflege des Gemeinwohls und des Standesbewußtseins, eine wirtschaftliche und soziale Hebung des Handwerkerstandes anzubahnen, erst dann werde sich von Erweiterungen ihrer Rechte und von fernerer Ausgestaltung ihrer Organisation reden lassen.

Der Offizier-Konsumverein wird am 1. Januar ins Leben treten. An der Spitze steht der Premierleutnant v. Webell, die Büros befinden sich in einem Hause der Lübarsstraße. In den nächsten Tagen begeben sich mehrere Offiziere im Auftrage des Vereins nach England, um die dort bestehenden ähnlichen Einrichtungen durch den Augenschein kennen zu lernen. Zwischenmehr sich in Süddeutschland die Kundgebungen gegen das Unternehmen. Der Gewerbeverein zu Bamberg beschloß am 19. d. M. einstimmig folgende Resolution, die an sämtliche Gewerbevereine Bayerns, sowie an die Handels- und Gewerbekammern mit dem Ersuchen um eine Kundgebung in gleichem Sinne versandt werden soll:

Der Gewerbeverein Bamberg erklärt die Gründung des Reichs-Militär-Konsumverein als einen dem Gewerbe- und Handelsstand feindlichen Akt, der die Interessen der genannten, durch erhebliche Besteuerung belasteten Stände ungerechterweise schwer schädigt und der dazu angeht, die seitherigen guten Beziehungen zwischen dem Offizier-

und Bürgerstand zu trüben. Er spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß das bayerische Offizierkorps sich dem Unternehmen gegenüber passiv verhalten wird.“

Welche praktische Konsequenzen die Verbindung zwischen Konservativen und Zentrum, das Ideal der „Kreuzzeitung“, nach sich zieht, zeigt sich recht deutlich in dem Landtags-Wahlkreis Flatow-Dreifelden. Zu der dort bevorstehenden Neuwahl eines Abgeordneten erläßt die Zentrumsparthei einen Aufruf, in welchem es heißt: „Es ist den Konservativen Ernst, mit uns für Wahrheit, Freiheit und Recht einzutreten, dann mögen sie jetzt den Beweis liefern dadurch, daß sie mit uns für den polnischen Kandidaten, Herrn v. Komorowski, ihre Stimmen abgeben. Solche Zusammlungen wagt man den Konservativen bereits zu machen, und der Gegenkandidat ist nicht etwa ein Fortschrittsmann, sondern ein Freikonservativer.“

In Paris wird es den Staatsmännern der französischen Republik und denen, welche sich dafür halten, etwas unheimlich zu Muthe. Die „République française“ die Rüstungen Italiens und anderer Mächte entsprechend, verlangt die sofortige Bildung des mehr erwähnten Rates der Nationalverteidigung, die Küstenbefestigung im mittelägyptischen Meere sowohl in Algier wie auf französischer Seite und Mobilisierungsversuche bei den See- und Landtruppen. Wenn es brenne, sei es zu spät, die Sprüche zu probiren. Diese Beunruhigungsruhe haben vielleicht noch den Zweck, durch den Schrecken vor Gefahren in der auswärtigen Politik in der inneren Politik die Einführung eines „strammeren Regiments“ zu erleichtern. In Pariser ministeriellen Kreisen wird „wenigstens“ im Hinblick auf die „allgemeine europäische Situation und die immer gebieterischer hervortretende Notwendigkeit der Bildung einer stabilen Regierung“, die Frage erörtert, ob es nicht ratsam sei, die Verfassungsrevision auch auf die Präidentschaft der Republik zu erstrecken. Es wird geltend gemacht, daß die direkte Wahl des Präsidenten durch das allgemeine Stimmrecht der Regierung eine größere Autorität verleihe. Die Durchführung dieser Reform im gegenwärtigen Augenblicke werde außerdem den gefährlichsten Gegnern der Republik eine Waffe aus den Händen winden, die bestimmt sei, in ernsten Krisen zur Anwendung zu kommen.

Im italienischen Ministerium vollzieht sich ein Personenschwund. Der Marineminister Admiral Acton hat den Ministerpräsidenten Depretis schriftlich um seine Entlassung gebeten. Es hat dies ein um so größeres Erstaunen hervorgerufen, als Acton während der erregten Verhandlungen über das Marinebudget äußerst zäh an seinem Portefeuille festhielt. Man sagt, der Admiral habe, nachdem die Umgestaltung der Marineverwaltung vollendet und der Bau einer ganzen Anzahl der von Acton empfohlenen Panzer-Schlachtschiffe gesichert gewesen sei, die weitere Durchführung des Werkes nicht durch die gegen seine Person gerichtete Abneigung hemmen wollen. Alle Minister mit Ausnahme Generals des Minniers für die öffentlichen Arbeiten, befinden sich zur Zeit in Rom; eine Antwort auf Actons Entlassungsgebet ist bisher noch nicht erfolgt.

Der in Rom tagende geodätische Kongress beschloß eine Vereinheitlichung der Landesgräden bestimmung durch Annahme des Meridians von Greenwich als allgemein gültigen Anfangsmeridian, sowie eine Vereinheitlichung der Zeit durch Annahme der von der mittleren Mittagszeit von Greenwich ausgehenden Universalzeit. Die Beschlüsse des Kongresses werden den Regierungen mitgetheilt und wird dabei der Wunsch des Kongresses, obige Bestimmungen durch eine internationale Konvention sanktionirt zu sehen, ausgesprochen werden.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 24. Okt. Die ersten Exemplare des Entwurfes eines neuen Aktiengesetzes sammt Motiven sind jetzt ausgegeben worden; es ist ein sehr statlicher Band, der in der Begründung des Entwurfes und den beigegebenen Anlagen viel Interessantes enthält. Die letzteren bieten eine instructive Uebersicht der Aktiengesetzgebung der meisten zivilisierten Länder und eine reichhaltige Statistik des Aktienwesens, hauptsächlich in Preußen, da, wie bemerkt wird, die gleichmäßige Erhebung dieser Statistik durch ganz Deutschland zu umständlich gewesen wäre. Im Ganzen muß man anerkennen, daß die Begründung auf dem Standpunkte einer unbesangenen, den Thatsachen und Bedürfnissen des praktischen Lebens entsprechenden Auffassung steht — mehr, als einzelne Vorschläge des dadurch zu motivierenden Gesetzentwurfes; wenn man den allgemeinen Theil der Motivierung auf die knappste Quintessenz zurückführen wollte, würde nichts Anderes herauskommen, als das bekannte, vielgeschmähte Wort des Ministers Delbrück. Von Interesse ist in diesem allgemeinen Theil u. A. die Andeutung, daß bei der vorbehalteten allgemeinen Revision des Handelsgesetzbuches erwogen werden soll, ob die jetzigen Rechtsformen für alle Arten von Unternehmungen, welche eine Kapitalsvereinigung erfordern, ausreichen, oder ob ihnen nicht vielmehr nach dem Vorbilde der bergrechtlichen Ge-

werkschaft eine neue Form hinzuzufügen sein möchte. Aus den statistischen Darlegungen erhellt in Allem, was die Solidität der Unternehmungen betrifft, ein durchgreifender Unterschied zwischen den vor und den nach dem Jahre 1871 bis 1873, errichteten Gesellschaften, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die letzteren durchweg sich als unsolide erwiesen haben, der Unterschied ist legislatorisch insofern zu verwerthen, als er ergiebt, daß die Misstände im Aktienwesen zum größten Theil bedingt sind durch die Art, wie resp. aus welchen ersten Beweggründen eine Aktiengesellschaft errichtet worden; es fehlt zwar nicht an Beispielen, daß eine solche die Eierschalen unsolider Entstehung abgestreift und nach Überwindung von Krisen, unter veränderter Leitung, gebiehen ist; im Allgemeinen aber trifft auch hier zu, daß der Ursprung für die weitere Entwicklung maßgebend ist, und so können die in der vorliegenden Motivierung zusammengetragenen Daten über das Schicksal der in den ersten siebzig Jahren entstandenen Aktiengesellschaften als Beweis dafür gelten, daß die Revisions-Gesetzgebung sich vor allen Dingen mit den Gründungs-Manipulationen zu beschäftigen hat. Für die sonstigen Abänderungs-Vorschläge des Entwurfs enthalten die Motive erheblich weniger begründendes Material. Ein paar Zahlen über die Gründungen von 1871—3 und ihre finanziellen Folgen sind interessant genug, um hervorgehoben zu werden. In diesen drei Jahren entstanden in Preußen 843 neue Aktien-Gesellschaften, während in der ganzen Zeit vorher 203 errichtet worden waren. Für die Überflüssigkeit vieler jener massenhaften Gründungen spricht u. A. der Umstand, daß eine große Zahl derselben mit so geringem Kapital bewirkt wurden, daß schon danach die betr. Unternehmungen ungleich besser durch Einzelne oder offene Handelsgesellschaften betrieben werden konnten. Das Grundkapital der älteren Aktiengesellschaften beträgt durchschnittlich fast 11 Millionen Mark, das der nach 1871 begründeten durchschnittlich noch nicht 3 Millionen; Gesellschaften mit 300,000 Mark Grundkapital sind nicht selten, von solchen mit viel kleinerem Kapital zu schweigen. Ein fernerer bemerkenswerther Zug der damaligen Gründungen ist, daß auf vielen industriellen Gebieten die Umarbeitung bestehender Unternehmungen in Aktien-Gesellschaften so außerordentlich zahlreich sind im Vergleich mit den Neuschöpfungen, also die Begründung von Aktiengesellschaften, bei denen ein Bedürfnis nach erhöhter industrieller Produktion mindestens nicht in erster Linie maßgebend war. Dem entspricht denn auch die große Zahl späterer Kapitals-Reduktionen, Liquidationen und Konfurse bei Gesellschaften aus der Periode 1871 bis 1873, während solche vorher verschwindend selten waren. Die Motive berechnen den Verlust der Aktionäre bei den Liquidationen und Konfuren auf mehr als 345 Millionen Mark, während sich der bei den Kapitals-Reduktionen nicht feststellen ließ!

— Im Ministerium des Innern hofft man in den nächsten Tagen das Kommissionsergebnis fertig zu stellen; der im vorigen Jahre vorbereitet gewesene Entwurf mußte auf Grund neuer Erhebungen gänzlich fallen gelassen werden.

— Auf eine Anfrage der Handelskammer zu Barmen ist vom Reichspostamt eine Antwort eingegangen, nach welcher schon seit Jahren die Anordnung besteht, daß solche bei den Postanstalten gegen Bezahlung entnommenen Postfreimarken, welche vor ihrer Verwendung eine Firma- oder sonstige das Eigentum an den derselben nachweisende Bezeichnung in Form klein eingelochter Buchstaben u. s. w. erhalten haben, als Freizeichen im Postverkehr zugelassen werden, vorausgesetzt, daß sie als echt und noch nicht gebraucht sicher kenntlich geblieben sind.

— Zu Unrecht ist anlässlich des bekannten Verhaltens des Rostocker Magistrats gegen die dortige katholische Gemeinde behauptet worden, daß die Juden in Medienburg von jeder mehr Rechte und Freiheit gehabt hätten als die Katholiken. In Medienburg standen die Juden ursprünglich in einem sehr drücklichen Schutzverhältnis. Dasselbe wurde zwar am 22. Februar 1813 durch eine Art Juden-Konstitution wesentlich erleichtert, allein schon 1817 (11. Oktober) wurde diese Konstitution wieder aufgehoben und das alte Judenschutzverhältnis wieder hergestellt. Die Stände gestatteten freilich nach und nach den Zutritt zu allen Handwerken, den Erwerbstätigkeiten und ländlichen Grundstücken, Vereinsfachung des ärztlichen Sachverständigen-Eides, Zutritt zur Advokatur und den akademischen Lehrämtern; allein alle diese Beschlüsse gelangten gar nicht zur Publikation. Rostock und Wismar versperrten sogar den Juden ihre Thore. Erst das Bundesgesetz vom 3. Juli 1869, betreffend die Unabhängigkeit der bürgerlichen und staatsbürglerlichen Rechte vom religiösen Bekennnis, hat eine Lende rung herbeigeführt.

Hamburg, 23. Okt. Die „Hamburgische Börsenzeitung“ bringt ein Telegramm aus Lima von heute Vormittag 10 Uhr, wonach der Friede dort verkündigt wurde und die Chilenen die Stadt verließen, während die peruanischen Truppen derselbst einzogen.

Berlin, 22. Okt. Die Anzeichen für die Mischung des Abgeordneten Julius Verbovay an den Malversationen bei den Sammelsalden mehren sich. Die wichtigsten dieser Daten sind jene aus Nyugváza, Boglar und Badacsony an Ludwig Verbovay gerichteter

Telegramme, in welchen Julius Verbovay von dem Bruder Geld verlangte. Ein Telegramm aus Kiregnyhaza wurde sofort, welches lautete: "Sende mir sofort vierhundert Gulden, gleichviel, woher Du sie nimmst. Julius Verbovay." — Dieses Telegramm ist Ende Juli datirt. Ludwig Verbovay hat das Geld noch am nämlichen Tage an Julius Verbovay abgegeben. Hebrigens war Julius Verbovay bei seiner Abreise nach Kiregnyhaza von seinem Bruder, als dieser ihm das Reitgeld gab, aufmerksam gemacht worden, daß er kein anderes Geld habe, als das zu wohltätigen Zwecken eingestossene. Staatsanwalt Dr. Faustus Heil ist gegenwärtig beschäftigt, aus einzelnen Nummern, sowie aus den Büchern des "Flüggetlenseg", die seit 1. März 1. J. zu verschiedenen Zwecken eingestossen Spenden zu registrieren und mit Quittungen und anderen Ausweisen zu vergleichen. — Heute Vormittags wurde in einem aus den Gerichtsräthen Jolev Papp, Dr. Laszlo und Tholdt bestehenden Senate über den Bescheid des Untersuchungsrichters Czaran und über die Appellation des Vertheidigers Dr. Nagy referirt. Nach halbstündiger Beratung wurde der Bescheid des Untersuchungsrichters, wonach die Voruntersuchung dieser Affaire angeordnet und Ludwig Verbovay mit Rücksicht auf die obschwebe Kollusionsgefahr auch weiter in Haft behalten wird, bestätigt. — Über das Vermögen des Druders des "Flüggetlenseg", Namens Wildens, wurde heute der Konkurs verhängt.

Paris, 22. Okt. Soeben ist eine Broschüre erschienen, welche mit Wissen des Grafen von Paris verfaßt sein soll und dessen Prätendentenschaft durch einen Appell an die Legitimisten und Orleanisten ankündigt. Die Broschüre führt den Titel: "Weber Sieger noch Siegte" und enthält nach Schilderung der Verhältnisse der Partei einen Aufruf, worin unter Anderm erklärt wird, daß die Legitimisten angestiegs des neuen Königs kein Recht mehr hätten, da die Orleanisten und die Liberalen nun die Legitimität erworben haben. Die Bonapartisten mögen nicht vergessen, daß Gott zu ihnen durch den Tod des kaiserlichen Prinzen gesprochen habe. Sie erwarteten ein christliches Regiment, aufrichtige Freiheit und eine wahrhaft starke Autorität. Das sei ja aber gerade der Charakter des Königthums. Aber auch die Republikaner, welche stets für die Freiheit gestritten haben, und sich vor dem Treiben der Sekttiere zurückziehen, um nicht mit den Mörtern der Freiheit verwechselt zu werden, sollten nicht vergessen, daß das Königthum, wie es sich neu erhebt, die besten der Republiken sei. Der "Roy" sagte, er wolle der König aller sein, er verlange nur Rechtschaffenheit und Talent. Der Graf von Paris könne kein anderes Programm haben; er werbe alle Leute, die für Frankreich gearbeitet haben und arbeiten werden, um sich versammeln und ihre Rechte und Interessen respektiren. Diesem Aufrufe folgt das Programm. Es heißt darin:

"Wir sind sicher, die Prinzipien werden dem Vaterlande gegenüber ihre Pflichten erfüllen. Möge auch Frankreich dies den Prinzipien gegenüber nicht versäumen. In der Uneinigkeit zwischen Volk und König liegt die Quelle der bürgerlichen Zwietracht und des nationalen Unglücks. Dieser tödliche Missstand muß beendigt und durch die belebende Einigkeit respektirter Autorität mit praktizirter Freiheit ersetzt werden. Diesem Ziele schreiten wir entgegen. Der Graf von Paris gehört seinem Lande und seiner Zeit an, er lebt und achtet Frankreich, drängt sich denselben aber nicht auf. Er ist jedoch Frankreichs Souverän und der legitime Vertreter des monarchischen Prinzip. Er kennt die Pflichten, die ihm daraus erwachsen, und wird sie zu erfüllen wissen, sobald die Nation ihr Heil in der Wiederkehr dieses Prinzipis suchen wird. Der Graf ist bereit, seine große Mission zu übernehmen, den zerstörenden Missstand zu beseitigen und die Wohlthat der monarchischen Erblichkeit mit den Immunitäten der modernen Gesellschaft in Einklang zu bringen."

Zweifellos werden die Radikalen diese Schrift bei ihrem bereits angemelbten Antrage, welcher die Ausweisung der Prinzipien verlangt, in der Kammer reichlich ausbeuten. Über die Autorschaft der Schrift verlautet bis jetzt nichts Zuverlässiges.

## Kreissynode der Diözese Posen I.

Am 24. d. M. fand die Kreissynode der Diözese Posen I. welche die hiesige Kreuzkirche und Paulikirche und neun Kirchen in der Provinz umfaßt, unter Vorsitz des Stellvertreters des Superintendents, Pastors Behn, hier selbst statt. Nachdem ein Gottesdienst in der Kreuzkirche, bei welchem Divisionspastor Meinke die Predigt hielt, von 9—10 Uhr Vormittags vorangegangen war, wurde die Synode 10½ Uhr Vormittags in der Aula des königl. Friedrich Wilhelms-Gymnasiums eröffnet; anwesend waren auch Konfessorialpräsident v. d. Gröben und Generalsuperintendent D. Geß. Nach Gesang und dem von Konfessorialrath Reichard gesprochenen Gebet eröffnete der Vorsitzende die Versammlung, wies auf das Hinscheiden des früheren Vorsitzenden, Superintendenten Klette, hin und forderte die Versammlung auf, daß Andachten derselben durch Erheben von den Plätzen zu ehren, was auch geschah. Nach der Amenansverlesung wurde von den neu eingetretenen Mitgliedern Seminardirektor Baldamus, welcher bisher das Sonodalgeböniß noch nicht abgelegt hatte, durch den Vorsitzenden verpflichtet. Es erfolgte hierauf die Konstituierung der Synode in der Weise, daß zu Beisitzern Konfessorialrath Reichard und Provinzial-Schulrat Polte wieder, Regierungsrath Gäbel und Pastor Bidert (Schroda) neugewählt wurden. Zum Schriftführer wurde Bürgermeister Domowic (Wreschen) berufen. In den Rechnungsausschuss wurden Regierungsrath Gäbel, Wagenbauer Billing (Posen) wieder, Regierungssekretär Kalinowski neugewählt; zum Kreissynodal-Rechner wurde Lechterer gleichfalls neugewählt.

Der Vorsitzende erstattete hierauf den Jahresbericht über die Fortentwicklung des kirchlichen Lebens in der Diözese. Demselben ist Folgendes zu entnehmen: zwei Geistliche in der Diözese sind gestorben, zwei in anderen Diözesen verfest worden; wieder besetzt ist bis jetzt nur die Stelle an der Paulikirche (Posen), indem an Stelle des Pastors Schlecht der Pastor Loyke getreten ist; unbesetzt sind die Stellen in Neßla-Hauland und Wieden, und die des ersten Geistlichen an der Kreuzkirche. Aus einzelnen Parochien ist die Klage über unregelmäßigen Besuch der Kirchenrats-Sitzungen eingegangen, an der Kreuzkirche hier selbst war der Besuch gut. Die Belebung an den kirchlichen Wahlen war im Allgemeinen gering. Über eine Abnahme des kirchlichen Lebens wird nicht gelagt; die Theilnahme am Abendmahl, und der Besuch des Gottesdienstes ist im Zunehmen, auch Seitens der gebildeten Klassen; Taufe und kirchliche Trauung werden nur sehr selten vermieden; die unehelichen Geburten betragen 3—6 % der Gesamtzahl der Geburten. Das christliche Vereinsleben ist ein reges, am dichtesten ist das Netz des Gustav-Adolf-Vereins; eine rege Tätigkeit entfaltet auch der Verein für innere Mission, der in Posen eine "Herberge zur Heimat" ins Leben gerufen hat; die Bibel-Gesellschaft treibt ihr Werk in bisheriger Weise weiter fort. Das Verhältniß der Lehrer zu den Pfarrern war ein günstiges. — Konfessorialrath Reichard ergänzte diesen Bericht mit der Mitteilung, daß die 5 Jahre lang für die bei den Fortbauten um Posen beschäftigten Arbeiter abgehaltenen Gottesdienste nach Beendigung dieser Arbeiten aufgeführt haben.

Den Bericht über die Tätigkeit des Synodalvorstandes erstattete gleichfalls der Vorsitzende. Derselbe wies darauf hin, daß die vorjährige Kreissynode den Synodalvorstand be-

auftragt habe, die Bildung eines Vereins zur Fürsorge für entlassene Straflinge in die Wege zu leiten. Der Vorstand habe dies in einer Sitzung gethan und zu diesem Behufe eine aus dem Regierungsrath Gäbel, dem Pastor Böttcher-Budewitz und dem Landrathe v. Seydlis bestehende Kommission mit den weiteren Schritten in dieser Angelegenheit beauftragt. Nach dem vom Regierungsrath Gäbel erstatteten Berichte hat sich ein solcher Verein bereits gebildet und wird seine praktische Tätigkeit baldigst aufnehmen.

Von dem königlichen Konistorium ist der Kreissynode folgende Proposition augegangen: 1) Besteht die evangelische Kirche andere Mittel, als die ihr in der Predigt und in der Seelsorge zu Gebote stehenden, um der in erschreckendem Maße überhand nehmenden Regierung zum Selbstmorde entgegenzutreten? 2) Ist eine einheitliche Regelung des Verfahrens beim Begräbnis von Selbstmörder als wünschenswerth zu erachten? 3) event., wie hätte sich dies Verfahren zu gestalten? Bündsch erstattete Warmer Clement (Braun) ein ca. 1½ stündiges Referat über diese Proposition. Er führte in demselben aus, wie der Selbstmord der h. Schrift widerstreite und eine schwere Verbindung gegen Gott, gegen sich selbst und gegen die Familie sei. Der Selbstmord habe in neuerer Zeit, im Vergleich gegen früher, sehr zugenommen, ganz besonders in hoch zivilisierten Ländern, so besonders im Königreich Sachsen. Von liberaler Seite werde zwar behauptet, diese Zunahme sei nur eine scheinbare, indem in früherer Zeit die statistische Ermittlung und Feststellung nicht eine so genaue, wie gegenwärtig sei. Die Ursache der Zunahme des Selbstmordes werde meistens in äußeren Veranlassungen gesucht und der lezte Grund unerörtert gelassen; dieser lezte Grund aber sei der zunehmende Unglaube und die Gottentfernung in unserem Volle. Die Kirche habe nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht, Stellung zum Selbstmorde zu nehmen. Viel Schuld an der Zunahme derselben sei der Leidkette von Mord- und Selbstmordgeschichten zuzuschreiben; habe doch Goethes Werther im vorigen Jahrhundert eine wahre Selbstmord-Manie hervorgerufen. Als ein wirksames Mittel, welches die Kirche anzuwenden habe, um dem zunehmenden Selbstmorde entgegen zu treten, sei die Anwendung einer kirchlichen Zucht durch Verweigerung aller kirchlichen Ehren bei der Beerdigung solcher Personen, die sich in notorischzurechnungsfähigen Zustande bei vorherigem anständigem Lebenswandel selbst entlebt haben, zu betrachten. Der falsche Liberalismus unserer Zeit verlange allerdings die Beteiligung der Kirche an den Begräbnissen der Selbstmörder. Wenn auch die bürgerliche Gesellschaft den Selbstmörder in Bezug auf das Begräbnis auf gleiche Stufe mit Denigranten, welche natürlichen Todes gestorben sind, so habe doch die Kirche in dieser Beziehung einen anderen Standpunkt einzunehmen. — Redner erörterte alsdann die zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten herrschenden Anschauungen in Betr. der Beerdigung von Selbstmörder, und sprach seine Ansicht dahin aus, daß, wenn der Geistliche einen Selbstmörder zum Grabe begleite, er zwar über denselben nicht zu richten, wohl aber ein ernstes Wort der Mahnung zu sprechen habe. Nachdem Redner alsdann die in Preußen in Betr. der Beerdigung von Selbstmörder geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wonach denselben die Beerdigung innerhalb der Kirchhofmauern nicht verweigert werden darf, erörtert hatte, sprach er mit Rücksicht darauf, daß dem subjektiven Erwissen des Geistlichen bei der Beerdigung von Selbstmörder viel überlassen, und dieselben dadurch oft in eine mißliche Stellung den hinterbliebenen des Selbstmörders und der Gemeinde gegenüber gebracht werden, den Wunsch aus, daß eine einheitliche Regelung des bei derartigen Begräbnissen in den verschiedenen Fällen einzuhalgenden Verfahrens erfolgen möge. — Referent empfahl zum Schluß folgende Thesen:

I. Die Selbstmord-Statistik ergibt die unwiderlegliche Thatsache, daß die Regierung zum Selbstmorde seit einem Decenzen von Jahr zu Jahr in erfreulichem Maße in unserm evangelischen Volle zunimmt. — II. Der tiefste Grund dieser verderblichen Regierung ist nicht in äußeren Veranlassungen zu suchen, sondern in dem zunehmenden Unglauben und der Gottentfernung in unserem Volle. — III. Die Heilung dieses trankhaften Zustandes der Zeit ist nur möglich durch Rückkehr zum lebendigen christlichen Glauben. Die evangelische Kirche, als Pflegerin alles christlichen Lebens, hat daher nicht bloss das Recht, sondern sogar die Pflicht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den zunehmenden Selbstmord-Regierung entgegen zu treten. — IV. Diese Mittel sind außer der öffentlichen Predigt und der privaten Seelsorge an Kranken und Angefochtenen: 1) eine liebevolle und von christlichem Ernst getragene Behandlung des Konfirmanden-Unterrichts; 2) eine warme Fürsorge für die konfirmierte Jugend durch regelmäßige gottesdienstliche Versammlungen und durch Bildung von Junglings- und Jungfrauen-Vereinen; 3) die Einrichtung von Volks- und Jugend-Bibliotheken, Verbreitung christlicher Blätter und Überwachung der Kolportage; 4) die Anwendung einer kirchlichen Zucht durch Verweigerung aller kirchlichen Ehren bei der Beerdigung solcher Personen, die sich in notorischzurechnungsfähigem Zustande und in zweifellos freventlicher Weise oder in mehr oder minder unzurechnungsfähigem selbstverschuldeten Zustande bei vorherigem anständigem Lebenswandel selbst entlebt, und durch Verweigerung der äußeren kirchlichen Ehren, doch unter Begleitung der Leiche durch den Geistlichen, bei der Beerdigung solcher Personen, die in unzurechnungsfähigem oder minder zurechnungsfähigem unverschuldeten Zustande sich das Leben genommen haben. Durch Anwendung dieser Zuchtmittel will die Kirche Zeugnis ablegen, daß sie den Selbstmord als eine schwere Sünde missbillige. — V. Im Interesse der kirchlichen Ordnung ist die Herbeiführung eines einheitlichen Verfahrens bei der Beerdigung von Selbstmörder mindestens für jede Provinz, am zweckmäßigsten jedoch für die gesamte preußische Landeskirche durch einen das Verfahren regelnden Erlass der kirchlichen Behörden wünschenswerth.

Nach einstündigem Mittagspause erstattete Landgerichtsrath Gzwalina das Korreferat über die vorliegende Proposition. Er beleuchtete dabei die Frage zunächst von der juridischen Seite und wies darauf hin, wie zu den Strafmitteln der katholischen Kirche auch die Versagung des kirchlichen Begräbnisses für Selbstmörder und Duellanten gehört, und wie auch in der evangelischen Kirche bei solchen Personen eine Abweichung von dem gewöhnlichen Begräbnisse stattfinde, die sich allerdings auf die Versagung der Begleitung seitens des Geistlichen, sowie des Geläutes beschränkt; die Beerdigung auf dem Kirchhofe aber dürfe nach gesetzlichen Bestimmungen nicht versagt werden und das Begräbnis bürgerlich ehrbar bleiben, wenn auch kein Geistlicher mitgehe und kein Glockengeläut erkönne. Unzweifelhaft müsse dem Geistlichen, der die Verantwortung dafür übernimmt, das Recht zugestanden werden, bei einer solchen Beerdigung das Nutzen zu verweigern. Es fragt sich nun, inwieweit vom kirchlichen Standpunkte die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses zu empfehlen sei. Da der Tod nicht mehr bestraft werden könne, so könne diese Verweigerung nur als ein Abschreckungsmittel betrachtet werden, durch welches allerdings die hinterbliebene Familie, die schon überdies durch den Selbstmord aussichtslos berührt wird, am schwersten betroffen werde. Der Referent wünschte Spezialvorschriften der kirchlichen Oberbehörde für die Geistlichen, nach denen sie sich bei Beerdigung von Selbstmörder zu richten haben. Eine derartige einheitliche Regelung der Angelegenheit werde sich nicht empfehlen; in unserer Provinz habe man sich bisher über das Verhalten der Geistlichen, die Begräbnissen von Selbstmörder nicht zu beklagen gehabt; der Pastor, der den Verhältnissen näher stehe, werde siets, von Fall zu Fall, nach seinem eigenen Bewußtsein am besten entscheiden können, wie er sich bei Beerdigung eines Selbstmörder zu verhalten habe. — Was die erste These des Referenten betrifft, so habe dieser selbst zugestanden, daß die Zunahme der Selbstmorde bestritten werde; wenn dies auch, wie Referent sagt, von liberaler Seite gedacht, so seien doch die gegen die Zunahme erhobenen Einwände nicht außer Acht zu lassen; in Berlin habe sich in diesem Jahre eine Abnahme der Selbstmorde herausgestellt. Auch gegen These II. in dieser Allgemeinheit seien Einwendungen zu erheben. Es

sei zu hoffen, daß die Anzahl der Selbstmorde mit der Besserung der Ermehrungsverhältnisse weiter abnehmen werde. — Korreferent stellte folgende Thesen auf:

1. Außer der Predigt und der im weitesten Sinne aufzufassenden Seelsorge stehen der evangelischen Kirche keine Mittel zu Gebote, um einer sich geltend machenden Regierung zum Selbstmorde entgegenzutreten. 2. Eine einheitliche Regelung des Verfahrens bei Begräbnissen von Selbstmörder erscheint nicht wünschenswerth, vielmehr ist der gegenwärtige Zustand beizubehalten, inhaltlich dessen die Entscheidung von Fall zu Fall der freiesten Erwürdigung und dem Taktgefühl des den individuellen Verhältnissen näher stehenden Ortspfarrers vorbehalten bleibt.

An das Referat und Korreferat knüppte sich eine längere Diskussion. Konfessorialrath Reichard wies darauf hin, daß es für das königliche Konistorium oft schwierig sei, in Fällen, wo die Geistlichen sich in Betreff der Beilegung an der Beerdigung von Selbstmörder an dasselbe wenden, aus der Ferne zu entscheiden und daß daher, entsprechend dem Wunsche vieler Geistlichen, die Herbeiführung eines einheitlichen Verfahrens bei der Beerdigung von Selbstmörder vom königlichen Konistorium ins Auge gesetzt worden sei. Referent habe die Sache mehr vom Standpunkte des praktischen Geistlichen, Korreferent vom theoretischen Standpunkte erörtert. Die Abschreckungstheorie sei noch nicht veraltet, und daher die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses in manchen Fällen zu empfehlen, möge immerhin die hinterbliebene Familie dadurch schwer betroffen werden. — General-Superintendent D. Geß betonte die Verpflichtung der Kirchenbehörde, wie der einzelnen Geistlichen, ihrer Verpflichtung eingedenkt zu sein, für die Wahrheit Zeugnis abzulegen; die Kirche würde sich versündigen, wenn sie Selbstmörder, die mit vollem Bewußtsein gehandelt haben, das kirchliche Begräbnis gewähre. Begleite der Geistliche einen Selbstmörder, so möge er, wenn er den erforderlichen Mut und Takt dazu besitzt, am Grabe Zeugnis ablegen vom h. Geiste; wenn er diesen Mut und Takt nicht besitzt, dann möge er überhaupt nicht mitgeben. — Landgerichtsrath Gzwalina wendete hiegegen ein, daß es sich hierbei gar nicht um Ablegung eines Zeugnisses über Geschehens hande; der Geistliche stelle sich nicht als Zeuge, sondern als Richter hin, wenn er am Grabe des Selbstmörders in dem vom Vorredner bezeichneten Sinne Zeugnis ablegt. — General-Superintendent D. Geß wies darauf hin, daß man sich nicht im Gerichtssaale, sondern in einer Synode befindet; er habe das Wort Zeugnis im kirchlichen Sinne, d. h. Zeugen der heiligen Wahrheit, gebraucht; und es müsse am Grabe des Selbstmörders Zeugnis abgelegt werden, daß der Mensch einen großen Frevel begeht, wenn er sich selbst tödtet. — Pastor Böttcher stimmte dem Vorredner darin bei, daß am Grabe des Selbstmörders Zeugnis abgelegt werden müsse; ein solches Zeugnis, welches gleichzeitig Strafe sein sollte, habe den Zweck, zur Korrektur des sittlichen Bewußtseins zu wirken.

Nach Schluß der Generaldiskussion wurde zur Spezialdiskussion geschritten. Die Versammlung beschloß, über I., II., III. der Thesen des Referenten hinwegzugehen, da sie sich nicht auf die Beantwortung der vom Konistorium gestellten Fragen beziehen. Es wurde alsdann die Diskussion über These I. des Korreferenten eröffnet. Auf Anfrage des Pastors Loyke erklärte Landgerichtsrath Gzwalina ausdrücklich an, daß er dem Geistlichen das Recht zugestecke, beim Begräbnis eines Geistlichen nicht mitzugeben; der Geistliche habe aber selbst die Beantwortung dafür zu tragen. — Pastor Loyke bezeichnet außer der Predigt und Seelsorge auch die Anwendung der kirchlichen Zucht als geeignetes Mittel, dem Selbstmorde zu steuern. — Landgerichtsrath König empfahl die Annahme von These I. des Korreferenten und erklärte, "nur eine Ausübung der Seelsorge darin zu sehen, wenn der Geistliche am Grabe spricht. — General-Superintendent D. Geß hob hervor, daß die Kirche nicht in dem Sinne, wie die weltliche Obrigkeit, zu strafen habe, sondern in dem Sinne, daß sie Zeugnis ablete, und zwar nicht mit derselben Liebe, welche zudeckt, sondern die da aufdeckt und durch Strafe zu bessern besteht. — Nachdem vom Konfessorialrath Reichard, Konfessorialrath Textor und Pastor Loyke Amendments gefestigt worden sind, welche sämlich Dasselbe besagen, zogen die beiden Letzteren ihre Ammendements zurück, worauf Landgerichtsrath Gzwalina das Amendment des Pastors Loyke aufnahm. Als dann wurde die vom Konfessorialrath Reichard beantragte These angenommen, welche lautet: "Außer der Predigt, der Seelsorge und der rettenden Liebesarbeit auf den verschiedenen Gebieten der inneren Mission heißt die Kirche an der Verfolgung kirchlicher Ehren bei Selbstmörder ein wichtiges Mittel, dem Selbstmorde zu steuern." — Landgerichtsrath Gzwalina empfahl die Annahme von These I. des Korreferenten und erklärte, "nur eine Ausübung der Seelsorge darin zu sehen, wenn der Geistliche am Grabe spricht. — General-Superintendent D. Geß hob hervor, daß die Kirche nicht in dem Sinne, wie die weltliche Obrigkeit, zu strafen habe, sondern in dem Sinne, daß sie Zeugnis ablete, und zwar nicht mit derselben Liebe, welche zudeckt, sondern die da aufdeckt und durch Strafe zu bessern besteht. — Nachdem vom Konfessorialrath Reichard, Konfessorialrath Textor und Pastor Loyke Ammendements gefestigt worden sind, welche sämlich Dasselbe besagen, zogen die beiden Letzteren ihre Ammendements zurück, worauf Landgerichtsrath Gzwalina das Amendment des Pastors Loyke aufnahm. Als dann wurde die vom Konfessorialrath Reichard beantragte These angenommen, welche lautet: "Außer der Predigt, der Seelsorge und der rettenden Liebesarbeit auf den verschiedenen Gebieten der inneren Mission heißt die Kirche an der Verfolgung kirchlicher Ehren bei Selbstmörder ein wichtiges Mittel, dem Selbstmorde zu steuern."

Sodann wurde die Spezial-Diskussion über These II. des Korreferenten eröffnet. Landgerichtsrath Gzwalina wies darauf hin, daß die Geistlichen, wenn ihnen auch eine allgemeine Anweisung ertheilt werde, doch immer in dem einzelnen Falle selbst Rücksicht zu üben haben, so daß ihnen die Sache durch eine einheitliche Regelung nicht erleichtert werde. — Konfessorialrath Reichard hob hervor, daß sich in schwierigen Fällen die Geistlichen ans Konistorium wenden, und um Anweisung bitten, wie sie sich bei Beerdigung von Selbstmörder zu verhalten haben. Es werde für die Geistlichen ein wahrer Segen sein, wenn sie eine allgemeine Verordnung haben, nach der sie sich richten, und auf die sie sich berufen können. — Regierungsrath Gäbel sprach sich gegen die Einführung eines einheitlichen Verfahrens aus, und empfahl es bei Demissionen zu belassen, was sich an der Hand der Sitte herausgebildet hat. — Landgerichtsrath Gzwalina hob hervor, daß wenn die Geistlichen in zweifelhaften Fällen vom Konistorium Auskunft erhalten können, ihrer Verlegenheit darüber, was zu thun, in abgeholt und eine allgemeine Regelung nicht erforderlich sei. — Seminar-Direktor Baldaus hob hervor, daß diejenigen Geistlichen, welche sich bei Beerdigungen dem Selbstmorde gegenüber weitherausweisen, leicht für human, die anderen dagegen für inhuman gehalten werden; durch eine einheitliche Regelung werde diesem Uebelstande abgeholfen werden. Pastor Böttcher machte geltend, daß das Urteil des Geistlichen leicht ein unrichtiges sein könne und es sich daher empfehle, dasselbe an die Zustimmung des Gemeinde-Kirchenrats zu binden. — Konfessorialrath Reichard beantragte hierauf folgende These: "Die Kreissynode stellt an die kirchliche Oberbehörde das Erleben, bei Beerdigung von Selbstmörder eine einheitliche Regelung des Verfahrens dahin herbeizuführen zu wollen, a) daß bei Beerdigung solcher Personen, die sich in notorischzurechnungsfähigem Zustande und in zweifellos freventlicher Weise selbst entlebt haben, die Begleitung des Geistlichen und die feierliche Rede am Grabe verweigert werde; b) daß bei Bestattung von Selbstmörder, bei welchen die Bzurechnungsfähigkeit eine zweifelhafte war, die Entscheidung des Geistlichen an die Zustimmung des Gemeinde-Kirchenrats gebunden sei, (Amendment Böttcher), jedenfalls die Anwendung aller auffallenden Feierlichkeiten vermieden werde." — Bei der Abstimmung wurde These II. des Korreferenten angenommen.

Nachdem alsdann im Namen des Synodal-Rechnungs-Ausschusses Regierungsrath Gäbel berichtet und die Versammlung Deklaration ertheilt hatte, erreichte die Synode 4½ Uhr Nachmittags mit Gesang und den vom Vorsitzenden gesprochenen Schlussworten ihr Ende.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 25. Oktober.

[Obersächsische Eisenbahn.] Der Vertrag zwischen den vom Verwaltungsrathe ernannten Kommissarien und der königl. Direktion, betreffend die Überlassung des Unternehmens an den Staat ist nunmehr definitiv abgeschlossen worden. Die Überlassung wird perfekt, sobald der Landtag den Vertrag genehmigt haben wird.



## Produkten-Börse.

Berlin, 24. Oktober. Wind: NW. Wetter: Veränderlich.  
Mit der heutigen von Newyork gemeldeten Waage hat der gesammte Verkehr eine andere Physiognomie angenommen; auf allen Gebieten machte sich dieser Einfluss mehr oder weniger geltend.

**Lolo-Wiesen** in seiner Waare schwach offerirt. Der Terminhandel stand im schroffen Kontrast zu seinen letzten Vorgängern. Die niedrigen Newyorker Notirungen haben verschiedentlich Realisationsaufträge veranlaßt, und neue Kaufordnungen gab es nur vereinzelt; in Folge dessen mußten alle Sichten nachgeben und war schließlich eine Rebultion von 2 M. zu notiren, obwohl Vieles von den gestrigen Acceptationen erst heute zur Deckung gelangte.

**Lolo-Rogggen** hatte mäßigen Umsatz zu festen Preisen, meist für Versendung. Der Terminverkehr stand unter denselben Einstellungen, wie der in Weizen. Realisationen brachten den nahen Sichten einen Verlust von etwa 1 M. bei, während Frühjahr nur 1 M. verlor. Der Umsatz war hier nichts weniger als lebhaft.

**Lolo-Hafer** behauptet. Termine matter. **Rogggenmehl** flau und niedriger. **Mais** in effektiver Waare still. Termine unverändert. **Rübel** litt per diesen Monat durch Realisationsverläufe. Die anderen Termine waren preishaltend und still.

**Petroleum** unverändert. Von **Spiritus** fand die mäßige Volumenzufuhr zu erhöhter Notiz Aufnahme bei Fabrikanten. Tropfen haben Termine gestrig Preise nicht ganz behaupten können, mit Ausnahme des laufenden Monats, welcher sogar etwas theuerer bezahlt wurde.

(Amtlich.) **Weizen** per 1000 Kilogramm lolo 155—218 Mark nach Dual, gelbe Befeurungsqualität 174,5 M., mittel weißbunt polnisch — M. ab Bahn bez., abgelaufene Anmeldungen — M. per diesen Monat — bez., ver Okt.-Nov. — bez., ver Mai-Juni 152,75 bis

175,00 M. bei, per April-Mai 187,05—186,05 M. bezahlt, per Mai-Juni 190—189 bez. — Gekündigt — Str. — Durchschnittspreis — M. bez.

**Rogggen** per 1000 Kilogramm lolo 140—160 nach Qualität, Befeurungsqualität 145,5 M., russischer 142,0—147,5 ab Kahn u. Boden bezahlt, schwimmend — bez., inländischer geringer —, alter seiner 145 mittel — ab Boden bez., mit etwas Geruch — ab Bahn bez., hochseiner — M. guter — M. defekter — frei Mühlbez., neuer — M. neuer — M. feine Waare — M. ab Kahn bez., abgelaufene Anmeldungen — M. per diesen Monat —, per Okt.-Nov. —, per Nov.-Dez. 146,25—145,5 bez., per Dez.-Jan. 1883 bis Januar 1884 148,00 bis 147,00 M. bezahlt, per April-Mai 1884 152,25—151,75 M. bezahlt, per Mai-Juni 152,75—152,00 M. bezahlt 2000 Bentner.

**Gerste** per 1000 Kilogramm große und kleine 135—200 M. nach Qualität, schlesische 135 ab Boden bez., Oberbrucker 151 ab Bahn bez., Futtergerste —, — bez., rumänische Brenngerste — bez.

**Häfer** per 1000 Kilogr. lolo 124—163 n. Dual, Befeurungsqualität 125,75 M., pomm. seiner 138—146 M. bezahlt, preußisch 138—145 M. bez., geringer —, — bez., schlesischer mittel 142—145 bez., seiner 148,00 bis 154 bezahlt, russischer geringer — bezahlt, seiner — ab Bahn, per diesen Monat und per Okt.-Nov. 126,25 bez., per Nov.-Dez. 127,25—127,00 bez., per Dez.-Jan. 129,5 nom., per Jan.-Febr. 131,5 bez., per April-Mai 134,75—134 M. bez., alter — bez., do. guter — bez., seiner alter —, per Mai-Juni 135,25—134,05 M. bez. Gekündigt 3000 Str.

**Erben Kochwaare** 189—230, Futterwaare 175—188 M., per 1000 Kilogr. nach Qualität.

**Kartoffelmehl** per 100 Kilogramm brutto innl. Sad. **Lolo** 23—24 bez. nach Dual, per diesen Monat —, per Okt.-Nov., per Nov.-Dez., per Dez.-Jan., per Jan.-Febr. 1884 und per Febr.-März 22 bez., per März-April — Br., per April-Mai —

**Trockene Kartoffelfäcke** per 100 Kilogramm brutto innl. Sad. **Lolo** —, per diesen Monat —, per Okt.-Nov., Nov.-Dez. — per Dez.-Jan., per Jan.-Febr. 1884 u. per Febr.-März 22 M. — per März-April — Br., per April-Mai — Br. Durchschnittspreis — M.

**Rogggenmehl** Nr. 0 und 1 vor 100 Kilogramm unverfeinert illustre Sad. vor diesen Monat u. per Okt.-Nov. 20,35—20,25 bezahlt, per Nov.-Dez. 20,55—20,45 bez., per Dez.-Jan. 20,70—20,60 bez., per Jan.-Febr. — bez., per April-Mai 21,10—21,00 bez., gestern — nom., per Mai-Juni —, Gek. 2000 Str.

**Weizenmehl** Nr. 00 27,00—25,25, Nr. 0 25,25—24,00 Nr. 0 u. 1 23,75 bis 22,00.

**Rogggenmehl** Nr. 0 22,00—21,00, Nr. 0 u. 1 20,50 bis 19,75 M.

**Rübel** per 100 Kilogramm lolo mit Fas — bez., ohne Fas — bez., per diesen Monat 66,8—66,1—66,2 bez., per Okt.-Nov. 65,4 M. bez., Nov.-Dez. 64,9 bez., per Jan.-Febr. —, per April-Mai 64,3 M. Gekündigt — Str.

**Petroleum**, raffiniert (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fas in Posten von 100 Kilogr. lolo — M. —, per diesen Monat, per Okt.-Nov. und per Nov.-Dez. 24,4 bez., per Dez.-Jan. 1884 — M. Gekündigt — Str.

**Spiritus**. Per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 Liter vCt. lolo ohne Fas 52,6 M. bez., lolo mit Fas — M. bez., abgelaufene Anmeldungen —, mit leitweisen Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei Haus — M. —, per diesen Monat 52,7—52,6—52,7 bez., per Okt.-Nov. 51,1—51,3—51,1 bez., Nov. — bez., per Nov.-Dez. 50,1—50,2 bis 50,1 bez., per Dez. — M. bez., per Dez. 1883-Jan. 1884 — bez., Jan.-Febr. — bez., per Febr.-März — M. bez., per April-Mai 51,3—51,0—51,1 bez., per Mai-Juni 51,4—51,2—51,3 bez. — Gekündigt 20,000 Liter.

**Anlagen**, und fremde festen Zins tragende Papiere konnten sich der Hauptentwickelung entsprechend theilweise etwas besser stellen.

Die Kassanerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei zu meist fester Haltung.

Der Privatdiskont wurde mit 3½ Proz. notirt, Geld zu Prolongationszwecken zu 4½—4½ Proz. gegeben.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien in fester Haltung ziemlich lebhaft um; Franzosen und Lombarden waren fester und ruhig; von anderen österreichischen Bahnen sind Elbthalden als ziemlich belebt, Galizier als etwas besser zu nennen.

Von den fremden Fonds sind russische Anleihen als schwächer,

russische Noten als matt zu nennen, ungarische Goldrente und Italiener etwas besser.

Deutsche und preußische Staatsfonds verkehrten in fester Haltung ruhig, inländische Eisenbahn-Prioritäten fest bei geringfügigen Umläufen.

Banaktien waren fest und mäßig lebhaft, Distonto-Kommandit-Anteile, Deutsche, Darmstädter Bank etwas höher.

Industriepapiere fester und theilweise recht lebhaft; Montanwerthe ruhig, Laurahütte und Dortmunder Union etwas besser.

Inländische Eisenbahntickets recht fest und ziemlich belebt; Dortmund-Emschede, Mainz-Ludwigshafen, Mecklenburgische, Ostpreußische Südbahn erscheinen etwas höher.

Fonds- und Aktien-Börse.

Unrechnungs-Güte: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden voll. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wessels-Kurie.		Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Aktien.		Berlin-Dresden v. St.		Dresden-B. (Elbeth.)		Den. B. (Elbeth.)		Nord. Ban.	
Amsterd. 100 fl. 8 Z.	3½	Newyork. St.-Anl.	8	und Etiamu. Prioritäts-Aktien.		do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Brüss. u. Antwerpen	100 fl. 8 Z.	do.	7	Dividenden pro 1882.		do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
London 1 Pftr. 8 Z.	3½	Italiänd. Borse	—	Lachen-Maastrich	2½	55,50 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Paris 100 fl. 8 Z.	3½	Italienische Rente	5	Altona-Kiel	9½	237,00 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, öst. Währ. 8 Z.	4	Doft. Gold-Rente	4	Berlin-Dresden	0	17,00 ebB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wetersd. 100 fl. 8 Z.	6	Doft. Papier-Rente	4½	Berlin-Hamburg	19½	388,50 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	do.	6	Bresl.-S.-Tribg.	4½	117,90 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, öst. Währ. 8 Z.	4	169,80 bB	do.	Dortm.-Gron.-G.	2½	63,00 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wetersd. 100 fl. 8 Z.	6	197,80 bB	do.	Halle-Sor.-Gub.	0	26,70 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	200 fl. 8 Z.	4	Mainz-Ludwigsb.	3½	108,50 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wetersd. 100 fl. 8 Z.	6	203,80 bB	do.	Marn.-Mianola	6	103,75 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	208,00 bB	do.	Marl. Kredit.	8½	200,50 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	210,00 bB	do.	Münch.-Enschede	0	90,60 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	210,80 bB	do.	Nordb.-Erf. gar.	0	26,75 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	211,00 bB	do.	Oberschl.-A.C.D. G.	11½	272,25 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	211,50 bB	do.	Ostb. (At. B. gar.)	11½	198,60 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	212,00 bB	do.	Poln. Pfandbriefe	5	61,60 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	212,50 bB	do.	Poln. Liquidat.	4	54,20 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	213,00 bB	do.	Rum. mittel	8	108,10 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	213,50 bB	do.	Rum. kleine	8	108,10 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	214,00 bB	do.	Rum. do.	102,90 bB	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	214,50 bB	do.	Rum. Staats-Obl.	5	97,90 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	215,00 bB	do.	Russ. Engl. Anl.	1822	5	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	215,50 bB	do.	Russ. Engli. Anl.	1822	5	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	216,00 bB	do.	Russ. Engli. Anl.	1822	5	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	216,50 bB	do.	Russ. Engli. Anl.	1822	5	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	217,00 bB	do.	Russ. Engli. Anl.	1822	5	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	217,50 bB	do.	Russ. Engli. Anl.	1822	5	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	218,00 bB	do.	Russ. Engli. Anl.	1822	5	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.
Wien, 100 fl. 8 Z.	6	218,50 bB	do.</										